

republik zeugt und den Lebensinteressen des Volkes in Westdeutschland zuwiderläuft. Die Notstandsgesetzgebung ist ein neuer Schritt auf dem Wege zur Errichtung einer militaristischen Polizeidiktatur in der westdeutschen Bundesrepublik mit ihrer Gewaltherrschaft und Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten, mit der Intoleranz und den Verfolgungen gegenüber Andersdenkenden.

Die Verhandlungsteilnehmer geben ihren Sympathien für die Kräfte in der Bundesrepublik Ausdruck, die unter den Bedingungen des politischen Terrors mutig gegen das zügellose Treiben des Neofaschismus und Militarismus, für eine grundlegende Wende der westdeutschen Politik zum Frieden und zur Freundschaft mit allen Staaten Europas kämpfen.

Die Seiten erklären, daß die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion, getreu den demokratischen Friedensprinzipien des Potsdamer Abkommens, entschlossen sind, gemeinsam mit den anderen Bruderländern alles von ihnen Abhängende zu tun, um eine Ausdehnung des Herdes des Neofaschismus und der Aggression im Herzen Europas nicht zuzulassen. Sie betonen, daß die einzig reale Grundlage, um Bedingungen für festen Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu gewährleisten, in der Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden europäischen Grenzen, einschließlich der Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik, in dem Verzicht der westdeutschen herrschenden Kreise auf die Alleinvertretungsanmaßung und ihrer Ansprüche auf Westberlin, in der Nichtzulassung der westdeutschen Bundesrepublik zu Kernwaffen, in der Erklärung der Ungültigkeit des Münchener Diktats von Anfang an besteht.

Beide Seiten erklären warnend, daß der von den westdeutschen herrschenden Kreisen verfolgte Kurs auf die ungesetzliche Einbeziehung Westberlins in den Bestand der westdeutschen Bundesrepublik und die damit zusammenhängenden ständigen Provokationen gegen die sozialistischen Länder nach wie vor auf entschiedene Abfuhr stoßen werden. Die Schutzmaßnahmen, die kürzlich von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf den Verbindungswegen zwischen Westberlin und der westdeutschen Bundesrepublik getroffen wurden, befinden sich in voller Übereinstimmung mit den Rechten und Verpflichtungen der Deutschen Demokratischen Republik aus den gültigen internationalen Abkommen. Beide Seiten sind der Ansicht, daß die Aufgaben zur Gewährleistung der Sicherheit der sozialistischen Länder unter den Be-